

Bayerische Abrissbirne

REGIERUNG *Die CSU-Politik bedroht die Einheit Europas, meint unser Gastautor*

Gastbeitrag

Von Rezzo Schlauch

Auch wenn nach einem bilateralen und multilateralen Verhandlungsmarathon der Kanzlerin eine Last-Minute-Einigung in Brüssel herausgekommen ist, auch wenn die CSU das EU-Gipfel Ergebnis als ausreichende Erfüllung ihres Ultimatums an die Kanzlerin akzeptiert, was noch nicht ausgemacht ist, – das, was sich zwischen den „Schwesterparteien“ CSU und CDU zuvor abgespielt hat, ist mehr ist viel mehr als ein immer mal wieder vorkommender Familienstreit. Es ist mehr als ein Streit um die Frage, ob Flüchtlinge durch bloße polizeiliche Anweisung an der Grenze zurückgewiesen werden können. Es ist mehr als das untaugliche Bemühen, AfD-Wähler zurückzugewinnen und die absolute Mehrheit der CSU im bayrischen Landtag zu verteidigen.

Deckmantel Es war kurzzeitig der brachiale Versuch der alten und neuen CSU-Führungsmänner, die ungeliebte, teilweise schon verhasste Kanzlerin zu stürzen. Dies unter dem scheinheiligen Deckmantel eines inhaltlich hochgezogenen Konflikts, da der Königinnenmord auf offener Bühne bei der Wählerschaft nicht gut ankommen würde – wie die Umfragen zeigen, in denen Kanzlerin Merkel sogar in Bayern in der Beliebtheit vor Söder und Seehofer rangiert. Erst der Blick in den Abgrund der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft und des damit verbundenen Scheiterns der Koalition ließ die CSU-Führung erkennbar zurückschrecken. Der viel folgenschwerere politische Sprengstoff liegt aber da-



Der Politiker Rezzo Schlauch fordert eine Stärkung Europas.

Foto: dpa

Zur Person

Der ehemalige Grünen-Staatssekretär und -Fraktionschef im Bundestag, **Rezzo Schlauch**, 1947 in Gerabronn geboren, und andere Politiker schreiben regelmäßig zu politischen Themen. Seit 2005 ist Schlauch, seit 1980 Grünen-Mitglied, wieder als Anwalt tätig. *red*

rin, dass die CSU das eh schon fragile Europa mit einer provinziell bayerischen Abrissbirne demoliert, mindestens aber weiter in die Handlungsunfähigkeit manövriert. Bavaria First! Ohne Rücksicht auf Verluste, diametral gegen die vitalen Interessen Deutschlands und zum Schaden Europas. In trauter Einigkeit mit den Orbans, Kaczynskys und dem Italiener Salvini. Allesamt Autokraten, die zu Hause Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen, und Europa nur als Zahlmeister zum Aufpolieren ihrer maroden Infrastrukturen in Anspruch nehmen, Solidarität und europäische Werte in ihrem politischen Katalog aber Leerstellen sind. Dazu Trump, der alles dafür tut, um Europa zu spalten.

Angesichts der von Trump vom Zaun gebrochenen Handelskriege wäre es vielmehr angesagt, Europa zu stärken. Anstatt der wahrheitswidrigen CSU-Propaganda, Macron wolle mit seinen Vorschlägen nur sein Frankreich mit deutschem Geld sanieren, Zucker zu geben, sollten wir ohne weiteres schuldhaftes Zögern endlich die ausgestreckte Hand Macrons ergreifen und in der bewährten Achse Frankreich-Deutschland ein starkes Europa schmieden, – gegen die unberechenbaren USA und gegen ein China, das ökonomisch und militärisch die Weltvorherrschaft anstrebt. Das muss nicht eins zu eins mit Macrons Vorschlägen übereinstimmen, aber es ist doch hoch vernünftig, die innere wie die äußere Sicherheit mit einem gemeinsamen europäischen Budget zu organisieren.

Wohlstand 28 zersplitterte nationale Wehretats in Europa führen zu allem, nur nicht zu einem effektiven militärischen Schutz. 28 zersplitterte nationale Budgets für die innere Sicherheit sind für alles geeignet, aber nicht für einen effektiven Schutz der Bürger und der Institutionen vor dem internationalen Terrorismus und vor der Cyberkriminalität. Das wäre im ureigensten Interesse Deutschlands, das seinen Wohlstand zu großen Teilen dem geeinten Europa und seinem großen gemeinsamen Wirtschaftsraum verdankt, anstatt mit der AfD zusammen wieder nationale oder gar bayrisch provinzielle Melodien anzustimmen. Und mit einem beherrztem Auftritt für Europa kann man auch, wie Macron eindrucksvoll gezeigt hat, Wahlen mit hohen Mehrheiten gewinnen. Das wird der CSU, nach Allem wie es aussieht, gegen die Kanzlerin nicht gelingen.